

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft vom 26. November 2021
– Drucksache 17/1332**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;
hier: „Fit für 55“: auf dem Weg zur Klimaneutralität –
Umsetzung des EU-Klimaziels für 2030
COM(2021) 550 final (BR 737/21)**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 26. November 2021 – Drucksache 17/1332 – Kenntnis zu nehmen.

15.12.2021

Der Berichterstatter:

Josef Frey

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet die Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 17/1332, in seiner 6. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 15. Dezember 2021.

Eine Abgeordnete der Fraktion der SPD trug vor, nach aktuellen Zahlen steuerten im letzten Quartal die konventionellen Energieträger noch einen Anteil von 56 % – darunter Kohle mit 31 % und Kernenergie mit 14,2 % – zur in Deutschland produzierten und ins Netz eingespeisten Strommenge bei, während der Anteil der erneuerbaren Energieträger – darunter Windkraft mit 16,6 % und Fotovoltaik mit 13,3 % – lediglich 43,1 % betragen habe. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres sei Letzterer mit 43,9 % besser gewesen.

Die Dekade entscheide, ob Baden-Württemberg wirklich fit sei für den im „Fit for 55“-Paket vorgezeichneten Weg zur Klimaneutralität, also ob es gelinge, bis 2030 die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 55 % zu verringern. Es sei zu begrüßen, dass sich die EU hier große Ziele stecke und eine internationale Vorreiterrolle einnehme.

Ausgegeben: 28.1.2022

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Die Bewältigung des Klimawandels sei eine Frage der Solidarität. Die Zukunft der Generationen von morgen hänge vom jetzigen Handeln ab. Für diese großen Ziele sei die EU die richtige Ebene. Nur wenn alle Regierungen mitzögen, könne der Wandel gelingen.

Der Klima-Sozialfonds helfe dabei, dass die Ziele so gerecht wie möglich erreicht würden. Denn die erforderlichen Maßnahmen belasteten die Verbraucherinnen und Verbraucher direkt. Der Klima-Sozialfonds werde im Prinzip mit 25 % der erwarteten Einnahmen aus dem neuen Emissionshandel für den Gebäude- und den Straßenverkehr ausgestattet. Strom und Wärme müssten für alle erschwinglich bleiben. Die europäische Energiewende dürfe auf keinen Fall zulasten jener Haushalte gehen, die ohnehin bereits unter den Stromkosten litten. Klimaschutz dürfe nicht davon abhängig sein, ob man ihn sich leisten könne. Damit würde eine weitere Spaltung der Gesellschaft riskiert. Genau das müsse verhindert werden.

Auch für die Mitgliedsstaaten müsse das solidarische Prinzip gelten. Mit der Lastenteilungsverordnung würden die nationalen Belastungen so verteilt, dass für Mitgliedsstaaten mit einem höheren Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt auch höhere Emissionsreduktionsziele gelten würden.

Mitgliedsstaaten mit einem höheren Anteil fossiler Brennstoffe in ihrem Energiemix, höheren Treibhausgasemissionen, höherer Energieintensität und einem niedrigeren Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt würden zusätzlich von einem erweiterten Modernisierungsfonds profitieren.

In den von den Änderungen besonders betroffenen Regionen brauche es einen sozialen Ausgleich. Denn die Ziele könnten nur gemeinsam erreicht werden.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE führte aus, es sei in der Kürze der Zeit nicht möglich, den Inhalt des vorgelegten Pakets umfassend darzustellen. Doch setze die in Rede stehende Mitteilung quasi die Klammer über die Themen, die im Rahmen des „Fit for 55“-Pakets aufgespannt würden.

Der Grund für das Paket sei unumstößlich: Der Mensch verändere durch den hohen Ausstoß an klimarelevanten Gasen das Klima. Dadurch veränderten sich die Lebensbedingungen der Lebewesen auf der Erde dramatisch. Nur wenn es gelinge, den CO₂-Ausstoß drastisch zu reduzieren, gebe es überhaupt eine Chance, die menschengemachte Erderwärmung im Hinblick auf das im Pariser Klimaschutzabkommen festgelegte Ziel zu begrenzen. Klimaschutz sei im Grunde nichts anderes als der Schutz von Lebewesen und Lebensbedingungen.

Genau dieses Ansinnen unterstütze das „Fit for 55“-Paket. Es beschreibe Maßnahmen, die notwendig seien, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Zur Zielerreichung werde das Paket den europäischen Klimaschutzrahmen neu gestalten. Dabei gehe es um die Fortentwicklung des Emissionshandelssystems, um Landnutzung und Forstwirtschaft, um erneuerbare Energien und vieles mehr.

Das berühre durchaus die wesentlichen Interessen des Landes. Die landeseigenen Ziele könnten nur erreicht werden, wenn auf EU-Ebene die Klimaschutzbemühungen verstärkt würden. Deshalb sei das Paket sehr zu begrüßen.

Dieses sei für Baden-Württemberg ein Auftrag. Alle Ebenen in Baden-Württemberg müssten das Paket konstruktiv und kritisch begleiten. Die Zielsetzung müsse vom Land ausgehend über den Bund und über Europa unterstützt und begleitet werden, damit die Aufgabe insgesamt erfolgreich durchgeführt werde.

Nichtsdestotrotz brauche es an vielen Stellen, beispielsweise beim Klima-Sozialfonds, noch Konkretisierungen und Schärfungen.

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU legte dar, es sei zu begrüßen, dass die EU ein weiteres Mal – in diesem Fall beim Klimaschutz – eine Vorreiterrolle einnehme. Das baden-württembergische Klimaschutzgesetz mache deutlich, dass Baden-Württemberg hier bereits Vorreiter sei.

Es gehe darum, den Klimawandel und den Verlust der Biodiversität zu bekämpfen sowie sich für die Artenvielfalt einzusetzen. Dazu habe die EU mit ihrem Programm „Fit for 55“ die Latte hoch gelegt. Das betreffe den Klima-Sozialfonds, den CO₂-Grenzausgleich, die Steigerung der Energieeffizienz, die Förderung der erneuerbaren Energien und den EU-Emissionshandel. Auch der Luft- und Seeverkehr solle verstärkt einbezogen werden. Seines Erachtens mache es durchaus Sinn, diese Themen auf EU-Ebene zu koordinieren.

Es stelle sich aber auch die Frage, ob die zahlreichen Klimaschutzmaßnahmen – die Kommunen erstellten Klimapläne, das Land habe wesentliche Klimaschutzgesetze erlassen, der Bund und auch die EU hätten Regelungen getroffen – auf die Bürgerinnen und Bürger bisweilen nicht etwas verwirrend wirkten. Hinzu komme nun das Thema Taxometrie. Einige Länder wie z. B. Frankreich forcierten die Kernenergie, andere wie Polen die Kohleenergie, wieder andere forcierten im Hinblick auf die Wärmeenergie Gas. Hier eine richtige Linie zu finden sei für die Europäische Union und für die Bürgerinnen und Bürger nicht ganz einfach.

Im Hinblick auf den Klima-Sozialfonds begrüße die CDU-Landtagsfraktion, dass es hier auch um Wachstum und Beschäftigung gehe, also darum, neue Jobs zu schaffen und die berufliche Fortbildung zu fördern. Hinsichtlich der Kosten des Klimaschutzes solle solidarisch vorgegangen werden. Da brauche es einen sozialen Aspekt und einen sozialen Ausgleich.

Neben anderen großen Themen wie Migration und Sicherheit, die sich die EU vorgenommen habe, sei das Thema Klimaschutz in den kommenden zehn Jahren von großer Bedeutung.

Eine Abgeordnete der Fraktion der FDP/DVP brachte vor, grundsätzlich sei es zu begrüßen, dass der Emissionshandel und das gesamte Konzept Klimaschutz nicht nur national, sondern im europäischen Kontext gedacht würden. Schließlich gebe es nur eine Atmosphäre.

Dabei sei es wichtig, mehr in die Wasserstofftechnologie zu investieren, zumal erwiesen sei, dass Wasserstoff gerade im Wärmemarkt sozialverträglicher sei. Sie hoffe, dass hier gemeinsam mit dem Bund Fortschritte erzielt würden.

Der Vorsitzende merkte an, das sei eine Herkulesaufgabe für die nächsten Jahre. Klimapolitik sei im Grunde in allen Bereichen – in der Sozialpolitik, in der Gesellschaftspolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Finanzpolitik usw. – konkret zu machen.

Grundsätzlich habe er mit Blick auf die Koalitionsvereinbarung in Baden-Württemberg und das, was im Parlament mehrheitlich gewollt sei, den Eindruck, dass Baden-Württemberg bei den meisten Zielen mithalten könne. Aber auch Baden-Württemberg habe noch die Aufgabe, das Ganze auszuformen.

Er appellierte an die Mitglieder des Europaausschusses, aus den Unterrichtungen in EU-Angelegenheiten Aufträge an die Fraktionen und die anderen Fachausschüsse mitzunehmen.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/1332 Kenntnis zu nehmen.

26.1.2022

Frey